



Protokollauszug

aus der

10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Infrastruktur und Umwelt vom 08.09.2025

Top 5. Informationen aus der Verwaltung

Frau Krentzlin informiert die Anwesenden, dass es in der 41. KW einen Vororttermin mit dem Straßenbauamt geben wird, um die Brücke über die Müritz-Elde-Wasserstraße (B 103) zu besichtigen. Bei diesem Termin soll über den weiteren Werdegang bezüglich des Ersatzneubaus der Brücke gesprochen werden.

Herr Hoffmeister teilt mit, dass der Abriss des Wohnhauses neben der Schule problemlos in den Sommerferien erledigt werden konnte. Des Weiteren informiert er, dass die Sperrung der Quetziner Straße auch ordnungsgemäß am 05.09.2025 aufgehoben wurde und die Baumaßnahmen des WAZV und der Stadt Plau am See fast vollständig abgeschlossen sind. Hingegen ist die Baumaßnahme „Schäfergarten“ und „St.-Jürgen-Weg“ noch nicht abgeschlossen.

Im Bezug auf das Gebiet B-Plan 38 „Rostocker Chaussee“ berichtet Herr Hoffmeister, dass die Zustandsfeststellung der Baumaßnahme am 26.08.2025 stattgefunden hat. Dort wurden nur leichte Mängel festgestellt, die seitens der Baufirma noch nachgearbeitet werden müssen. Auf dieser Grundlage war dann die Nachtragsverhandlung am 27.08.2025. Dort wurden Nachträge vereinbart, die die vorab dafür eingeplanten Kosten bei weitem nicht ausschöpfen. Weiterhin ist die Begehung zur Kontrolle der Restleistung am 09.09.2025, die offizielle Abnahme am 16.09.2025 und abschließend dann die feierliche Eröffnung des Gebietes am 25.09.2025 geplant. Für den Spielplatzbau im Plangebiet wird im Hauptausschuss am 15.09.2025 die Einleitung und Ausgestaltung des Vergabeverfahrens für den Neubau eines Spielplatzes besprochen, diese wird zuvor auch im Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten beraten.

Herr Hoffmeister berichtet, dass die Verwaltung für das Infrastrukturpaket des Bundes bei dem Land Mecklenburg-Vorpommern eine Liste mit Maßnahmen der Stadt einreichen möchte, die durch dieses Paket gefördert werden können. Durch das Land Mecklenburg-Vorpommern werden etwa 1,92 Milliarden Euro auf verschiedene Bereiche aufgeteilt. Anhand einer Tabelle als Tischvorlage erläutert er die ausgewählten Maßnahmen der Verwaltung.

Abschließend erläutert der Bürgermeister eine eingegangene Anfrage zur Errichtung eines Batterieparks auf dem Gelände der alten Ziegelei. Der Investor möchte dort eine Batterie-Großspeicheranlage errichten. Trotz der Tatsache, dass es sich bereits um eine Gewerbefläche handelt, ist es zwingend notwendig, einen Bebauungsplan aufzustellen, um Baurecht zu schaffen.

Herr Baumgart erfragt, ob es dann noch notwendig wird, eine neue Zuwegung von der B 103 zum Gelände der Alten Ziegelei zu bauen. Dies verneint Herr Hoffmeister. Er erklärt weiter, dass es stattdessen dann die Option gebe könnte, die Zuwegung über den Ziegeleiweg durch den Investor sanieren zu lassen. Immerhin würde diese Zuwegung durch die Baumaßnahmen stark beansprucht und eventuell beschädigt werden.

Herr Herzog möchte wissen, wie die Energie zu den Großspeicheranlagen transportiert werden soll. Frau Krentzlin erklärt, dass dafür dann Zuleitungen installiert werden müssen.

Herr Ahrens teilt mit, dass er es gut findet, dass es seit langem mal wieder einen Investor gibt, der sich für dieses Gelände interessiert.

Herr Klähn stimmt der Aussage von Herrn Ahrens zu und erklärt, dass es zwingend notwendig ist, Gespräche mit dem Investor aufzunehmen.

Herr Baumgart merkt an, dass es in der Vergangenheit viele Interessenten für das Gelände gab. Aufgrund der vielen Altlasten auf dem Gelände und den damit verbundenen hohen Entsorgungskosten haben bisher alle potentiellen Investoren ihr Angebot zurückgezogen. Daher sollte man dringend dieser Art der Nutzung zustimmen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass die Verwaltung die Gespräche mit dem Investor aufnimmt und ihn darum bittet, sein Projekt in detaillierterer Form bei der Ausschusssitzung für Stadtentwicklung, Bau, Infrastruktur und Umwelt am 01.12.2025 vorzustellen.